



Zusammenfassung der Masterarbeit

Empathisierung der Generation-Y zur Partizipation an der Standespolitik Eine quantitative Untersuchung

Dr. Michael Bartling, M.Sc.

Werden die bundespolitischen und europapolitischen Tendenzen betrachtet, so lässt sich ein zunehmender Zweifel der Politik an der Existenzberechtigung der Freiberuflichkeit mit ihrer Selbstverwaltung erkennen (*Maderker 2012*)(*BZÄK 2014*). Aus der Standespolitik wird jedoch betont, dass Freiberuflichkeit und Selbstverwaltung essentielle Grundsteine des zahnärztlichen Berufes sind. Man prangert die Gefahren durch Einflüsse der Marktwirtschaft und Industrie an, welche in einer zunehmenden De-professionalisierung im Bereich der zahnmedizinischen Behandlung resultieren, zugunsten der Rationalisierung und Kostenoptimierung (*Banthien 2014*). Es ist daher, besonders in Hinsicht dieser sich ankündigenden politischen Neuerungen, essentiell, eine starke, informierte und flexible standespolitische Vertretung vorzuweisen. Diese Eigenschaften der Institutionen und einzelner Mitglieder bilden sich jedoch meist erst nach Jahren intensiver Auseinandersetzung mit berufs- und bundespolitischen Themen. Die Anzahl berufspolitisch engagierten Kolleginnen und Kollegen ist jedoch, laut Aussage der jeweiligen Kammern, seit Jahren rückläufig. Daher ist es wichtig, langfristig neue Mitglieder in den berufspolitischen Verbänden als auch ehrenamtliche Mitarbeiter in Kammer und KZV zu motivieren. Es sind jedoch nicht nur die politischen Themen und Gegebenheiten, welche ausschlaggebend für das Interesse der Zahnärztinnen und Zahnärzte an der Berufspolitik sind. Auch generationsspezifische Lebenseinstellungen und Berufsansichten sind elementare Einflussfaktoren. Daher ist es wichtig, die Interessen und Wünsche der jüngeren Generation in Hinsicht ihrer berufspolitischen Vertretung zu kennen. Zielsetzung dieser Arbeit war es, anhand der Antworten eines Fragebogens, der an alle Mitglieder der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe mit gültiger Mail-Adresse gesendet wurde, Vorschläge und Ideen für zukünftiges Handeln der Berufsvertretung zu generieren, um wieder mehr Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit in der berufspolitischen Standesvertretung zu motivieren. Herausgestellt hat sich, dass besonders der jüngeren Generation sofort erreichbare Informationen wichtig sind. Die Internetnutzung ist essentiell. Allerdings ist der Wunsch nach Gruppenbildung und direkter persönlicher Ansprache stärker ausgeprägt. So ziehen die Befragten das persönliche Treffen der Videokonferenz vor. Auch Internetforen für gemeinsame Diskussionen finden breite Zustimmung. Das familiäre Interesse überwiegt gegenüber dem Anspruch nach Karriere, der Wunsch nach mehr

finanziellem Auskommen wird jedoch bei jüngeren Kolleginnen und Kollegen wieder stärker. Die Bereitschaft Freizeit in die berufspolitische Arbeit zu investieren ist verhältnismäßig gering, nimmt allerdings in Teilen zu, je jünger die Mitglieder der befragten Gruppe sind.

Abschließend kann in Bezug auf die untersuchte Forschungshypothese

H1: Jüngere Personen aus dem zahnärztlichen Berufsstand sind weniger berufspolitisch interessiert als ältere Personen

festgehalten werden, dass das berufspolitische Interesse der 20-30-Jährigen wesentlich weniger stark ausgeprägt ist als in anderen Altersgruppen. Den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit zufolge kann also davon ausgegangen werden, dass jüngere Personen weniger berufspolitisch interessiert sind als ältere Personen. Die Forschungshypothese wurde angenommen, obwohl abschließend noch einmal erwähnt werden muss, dass sich in der den Berechnungen zugrundeliegenden Stichprobe nur 13 Personen aus der Gruppe der 20 - 30jährigen befanden. Es wird daher empfohlen, die Erhebung im Rahmen weiterführender Arbeiten mit einer ausgeglichenen Stichprobe zu wiederholen. Ausgeglichen in dem Sinne, als dass sich einerseits annähernd gleich viele Personen in den jeweiligen Altersgruppen befinden sollten und andererseits in jeder Altersgruppe eine ausreichende Anzahl an Fällen vorhanden ist. Handlungsempfehlungen für die Selbstverwaltungen ergeben sich aus den generierten Ergebnissen dahingehend, dass Maßnahmen zur Motivation ergriffen werden müssen. Zu berücksichtigen sind dabei neben politischen Themen auch die in der Arbeit erläuterten generationsspezifischen Lebenseinstellungen und Berufsansichten. Potentiellen ehrenamtlichen Mitgliedern sollten sofort erreichbare Informationen zur Verfügung gestellt werden, was zwar auch über das Internet und geeignete Internetforen, am besten jedoch über die persönliche Ansprache funktioniert. Selbstverwaltungen sind daher angehalten, persönliche Treffen zu arrangieren, die Teilnehmenden persönlich zu informieren, sich den Fragen der Teilnehmenden zu stellen und auf diese Weise Anreizsysteme für zukünftige Mitgliedschaften zu schaffen. Die Befragungsergebnisse zeigten auch, dass Familie immer wichtiger wird – vor diesem Hintergrund sowie unter Beachtung der Tatsache, dass immer mehr Frauen als Zahnärztinnen aktiv sind, – bietet sich für die Selbstverwaltungen an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.